

Andreas Hilger / Mike Schmeitzner /
Clemens Vollnhals (Hg.)

Sowjetisierung oder Neutralität?

Optionen sowjetischer Besatzungspolitik
in Deutschland und Österreich 1945–1955



Hannah-Arendt-Institut
für Totalitarismusforschung e.V. an der
Technischen Universität Dresden

≡book

Vandenhoeck & Ruprecht

V&R

Schriften des Hannah-Arendt-Instituts
für Totalitarismusforschung

Herausgegeben von Gerhard Besier

Band 32

Vandenhoeck & Ruprecht

Sowjetisierung oder Neutralität?

Optionen sowjetischer Besatzungspolitik
in Deutschland und Österreich
1945–1955

Herausgegeben von
Andreas Hilger, Mike Schmeitzner
und Clemens Vollnhals

Vandenhoeck & Ruprecht

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

ISBN 10: 3-525-36906-9
ISBN 13: 978-3-525-36906-7

Umschlagabbildung:

Potsdam. Neuer Garten. Cecilienhof.
Potsdamer Konferenz. Stalin, Attlee und Truman im Konferenzsaal.
Aufnahme: DEFA Dokumentarfilm © Stiftung Preussische Schlösser
und Gärten Berlin-Brandenburg

© 2006, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen / www.v-r.de
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen
schriftlichen Einwilligung des Verlages. Hinweis zu § 52a UrhG: Weder das Werk noch
seine Teile dürfen ohne vorherige schriftliche Einwilligung des Verlages öffentlich
zugänglich gemacht werden. Dies gilt auch bei einer entsprechenden Nutzung für
Lehr- und Unterrichtszwecke. Printed in Germany.

Satz: Hannah-Arendt-Institut, Dresden
Gesamtherstellung: Hubert & Co., Göttingen

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

© 2011, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
ISBN Print: 9783525369067 — ISBN E-Book: 9783647369068

Inhalt

Einleitung	9
I. Sowjetische Politik im Zweiten Weltkrieg	23
Sowjetische Deutschlandplanungen im Krieg 1941 – 1945 <i>Aleksej Filitov</i>	25
Antifaschistische Volksfront und „demokratische Republik“ . Die Exilkonzeptionen der Kommunistischen Partei Österreichs vor dem Hintergrund der sowjetischen Österreichpolitik <i>Manfred Mugrauer</i>	41
Kader aus dem Exil. Vorbereitungen der KPD auf eine antifaschistische Nachkriegszeit <i>Jörg Morré</i>	77
II. Besatzungsmacht UdSSR	95
Organisation der sowjetischen Besatzung in Deutschland und Auswirkungen von kompetenzieller Diffusion auf die Rekonstruktion der Besatzungspolitik <i>Jan Foitzik</i>	97
Die Struktur des sowjetischen Besatzungsapparates in Österreich 1945 – 1955 <i>Wolfgang Mueller</i>	117
Von Banden und Klassenfeinden: Stalins Tschekisten in Deutschland 1945 – 1955 <i>Andreas Hilger</i>	143
„Wir mussten hinter eine sehr lange Liste von Namen einfach das Wort ‚verschwunden‘ schreiben.“ Sowjetische Strafjustiz in Österreich 1945 – 1955 <i>Harald Knoll/Barbara Stelzl-Marx</i>	169

III. Besatzungspolitik	221
Internierung, Entnazifizierung und Strafverfolgung von NS-Verbrechen in der sowjetischen Besatzungszone <i>Clemens Vollnhals</i>	223
Zur Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone in Österreich (am Beispiel Niederösterreichs) <i>Klaus-Dieter Mulley</i>	249
„Die Kommunistische Partei will nicht Oppositionspartei sein, sondern sie will Staatspartei sein.“ Die KPD/SED und das politische System der SBZ/DDR (1944–1950) <i>Mike Schmeitzner</i>	271
Die politischen Parteien in der sowjetischen Besatzungspolitik in Österreich 1945–1955 <i>Wolfgang Mueller</i>	313
Die SMAD, die deutsche Selbstverwaltung und die Sowjetisierung Ostdeutschlands 1945–1949 <i>Nikita Petrov</i>	341
Regierungs- und Verwaltungsaufbau in Österreich 1945 im Spannungsfeld sowjetischer Besatzung <i>Gerhard Jagschitz</i>	367
Von der wirtschaftlichen Entwaffnung zur zentralen Wirtschaftsplanung. Zur Wirtschaftspolitik in der SBZ zwischen 1945 und 1949 <i>Burghard Ciesla</i>	417
Die sowjetische Wirtschaftspolitik in Österreich 1945–1955 <i>Otto Klambauer</i>	435
IV. Ergebnisse sowjetischer Besatzungspolitik	451
Von fehlender Öffentlichkeit. Alltagserfahrungen mit der sowjetischen Besatzungsmacht in Deutschland <i>Rainer Behring</i>	453

„Russenkinder“ und „Sowjetbräute“. Besatzererfahrungen in Österreich 1945–1955 <i>Barbara Stelzl-Marx</i>	479
Die UdSSR und der alliierte Kontrollmechanismus für Deutschland 1943–1948 <i>Jochen Laufer</i>	509
Sowjetische Österreichpolitik 1945–1955: Der Weg zum Staatsvertrag <i>Rolf Steininger</i>	537
V. Anhang	555
Karten	556
Abkürzungsverzeichnis	559
Personenregister	565
Autorenverzeichnis	573

Einleitung

I.

„An enigma wrapped in a riddle“ – rätselhaft und undurchschaubar, so charakterisierte bereits Englands Kriegspremier Winston Churchill die Politik seines östlichen Verbündeten Josef Stalin während des gemeinsamen Kampfes gegen Hitler-Deutschland. Nach 1945 war es dann die Besatzungspolitik der UdSSR, die für Deutsche und Österreicher, aber auch für die westlichen Verbündeten ähnlich undurchschaubar blieb.¹ Die Kernfrage nach dem Wechselverhältnis lokaler Kräfte und der Moskauer Prägung ist im Grunde bis auf den heutigen Tag ungeklärt. Hinsichtlich der sowjetischen Deutschlandpolitik nach 1945 zeigen die Diskussionen etwa um die Position Wilfried Loths oder um die Stringenz der Moskauer Planungen der Exil-KPD und deren Umsetzung innerhalb der SBZ immer noch vorhandene Unterschiede in der Betrachtung. Das hat natürlich auch mit der Quellenlage zu tun, die sich mit der partiellen Öffnung der Moskauer Archive zwar deutlich verbesserte, aber doch nicht zu einem durchgreifenden Umbruch führte oder führen konnte; diese Ernüchterung ist zum Teil auf die Nutzungsbedingungen in der ehemaligen Sowjetunion zurückzuführen.

Trotz aller Widrigkeiten kam es nach 1989/90 zu einer regelrechten Explosion des Interesses für die Erforschung der Geschichte der SBZ/DDR.² Mit Blick auf Österreich setzten entsprechende Forschungen erst später ein, haben indes in den letzten Jahren deutlich aufgeholt. Die stärkere Zurückhaltung resultierte sicherlich auch daraus, dass die Österreichpolitik der UdSSR nach 1955 zwangsläufig an weltpolitischer Brisanz verloren hatte.³

- 1 Vgl. zu österreichischen Befürchtungen über eine Teilung des Landes: Bruno Kreisky, *Zwischen den Stühlen. Der Memoiren erster Teil*. Hg. von Oliver Rathkolb, Johannes Kunz und Margit Schmidt, überarbeitete Neuausgabe Wien 2000, S. 457 f.; Günter Bischof, *Making of the Austrian treaty and the road to Geneva*. In: Günter Bischof und Saki Dockrill (Hg.), *Cold war respite. The Geneva summit of 1955*, Baton Rouge 2000, S. 117–160, hier 141.
- 2 Vgl. hier zusammenfassend mit weiteren Hinweisen: *Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung*. Hg. von Rainer Eppelmann, Bernd Faulenbach, Ulrich Mählert, Paderborn 2003; Beate Ihme-Tuchel, *Die DDR, Darmstadt 2002*; Catherine Epstein, *East Germany and its history since 1989*. In: *JMH*, 75 (2003), S. 634–661.
- 3 Vgl. Wolfgang Mueller, *Die sowjetische Besatzungsmacht in Österreich 1945–1955. Forschungsstand, Quellenlage und Fragestellungen*. In: *Zeitgeschichte*, (2001), Nr. 2, S. 114–129; Oliver Rathkolb, *Sonderfall Österreich? Ein peripherer Kleinstaat in der sow-*

National ausgerichtete Historiographien laufen generell Gefahr, eigene Entwicklungen als unausweichlich und alternativlos zu verabsolutieren. Trotzdem steckt eine komparative Erforschung sowjetischer Besatzungspolitik nach 1945 – die sich schließlich um die Komponente der Sowjetisierung des Baltikums oder auch hinsichtlich des sowjetischen Vorgehens in Asien erweitern ließe – noch in den Anfängen, und die relevanten Bezugspunkte sind noch nicht wirklich ausgelotet.⁴

Überraschenderweise hat die Forschung in großen Teilen selbst auf den an sich nahe liegenden Vergleich der deutschen und österreichischen Besatzungsgebiete verzichtet, obwohl zeitgenössische Politiker und Beobachter aus Ost und West tatsächliche oder auch nur potentielle Zusammenhänge deutlich zur Sprache gebracht hatten.⁵ Schon die parallelen Jubiläen, die in Österreich und Deutschland 2005 begangen wurden – 60 Jahre Kriegsende, 50 Jahre Staatsvertrag bzw. Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen – verweisen auf geteilte Grundvoraussetzungen und Erfahrungen beider Länder: Zu nennen ist hier der verlorene Krieg, der indes diametral entgegengesetzten Bewertungen unterlag, und die vierfache Besatzung selbst. In ihrer Besatzungspolitik griff die UdSSR schließlich in Österreich wie in Deutschland trotz unterschiedlicher Machtkonstellationen mitunter auf ähnliche Instrumente und Maßnahmen zu-

jetischen Nachkriegsstrategie 1945–1947. In: Stefan Creuzberger/Manfred Görtemaker (Hg.), Gleichschaltung unter Stalin. Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944–1949, Paderborn 2002, S. 353–373; James Jay Carafano, *Waltzing into the Cold War*, 2002; Wolfgang Mueller, *Die sowjetische Besatzung in Österreich 1945–1955 und ihre politische Mission*, Wien 2005. Zum Selbstverständnis Österreichs u. a. Hella Pick, *Guilty victim: Austria from the Holocaust to Haider*, London 2000.

- 4 Vgl. Norman M. Naimark, *Stalin and Europe in the postwar period, 1945–53: issues and problems*. In: *Journal of Modern European History*, 2 (2004), Nr. 1, S. 28–57; Leonid Gibianskij, *Osteuropa: Sicherheitszone der UdSSR, sowjetisiertes Protektorat des Kreml oder Sozialismus „ohne Diktatur des Proletariats“*. Zu den Diskussionen über Stalins Osteuropa-Politik am Ende des Zweiten Weltkrieges und am Anfang des Kalten Krieges: Frage der Quellen und ihrer adäquaten Interpretation. In: *Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte*, 8 (2004), Nr. 2, S. 113–137; Norman Naimark/Leonid Gibianski (Hg.), *The Establishment of Communist regimes in Eastern Europe 1944–1949*, Oxford 1997; Tat'jana V. Volokitina, Galina P. Muraško, Al'bina F. Noskova und Tat'jana A. Pokivajlova, *Moskva i vostočnaja Evropa. Stanovlenie političeskich režimov sovetskogo tipa (1949–1953)*. Očerki istorii, Moskau 2002; Donal O'Sullivan, *Stalins „Cordon Sanitaire“*. Die sowjetische Osteuropapolitik und die Reaktionen des Westens 1939–1949, Paderborn 2003; Peter Ruggenthaler, *Warum Österreich nicht sowjetisiert werden sollte*. In: Stefan Karner und Barbara Stelzl-Marx (Hg.), *Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955*. Beiträge, Graz 2005, S. 61–87, sowie ders., *Warum Österreich nicht sowjetisiert wurde. Sowjetische Österreich-Politik 1945–1953/55*. Ebd., S. 649–726; Stefan Karner/Peter Ruggenthaler, *Stalin und Österreich. Sowjetische Österreich-Politik 1938 bis 1953*. In: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* Jg. 2005, Berlin 2005, S. 102–140; Wolfgang Mueller, *Die gescheiterte Volksdemokratie. Zur Österreich-Politik von KPÖ und Sowjetunion 1945 bis 1955*. In: ebd., S. 141–170.
- 5 Vgl. hier jetzt Matthias Pape, *Ungleiche Brüder. Österreich und Deutschland 1945–1965*, Köln 2000.

rück: Hier ist etwa die Errichtung sowjetischer Aktiengesellschaften oder die Tätigkeit sowjetischer Repressionsapparate zu erwähnen. Schließlich wurde die Anwesenheit gerade der sowjetischen Besatzer in beiden Ländern von der überwiegenden Mehrheit der einheimischen Bevölkerung als drückende Last empfunden.⁶ Bekanntermaßen konnte Österreich seine staatliche Souveränität bewahren und erreichte 1955 den Abzug *aller* Besatzungstruppen, während Moskau im selben Jahr seine These von der Existenz zweier deutscher Staaten endgültig zementierte. Damit stellt sich erneut vorrangig die Frage nach fundamentalen Unterschieden in der Besatzungssituation, ohne dass Wechselwirkungen zwischen den beiden Entwicklungen aus dem Auge verloren werden dürfen.

Von Bedeutung waren hier natürlich die völlig unterschiedlichen Rahmenbedingungen sowjetischer Besatzung. Sieht man von der strategischen Randlage Österreichs ab, so bestand die wichtigste Differenz in der staatsrechtlichen Frage und den damit verbundenen alliierten Vorgaben. Die Tatsache, dass Österreich bis 1938 ein souveräner Staat gewesen war, wirkte sich auch auf die alliierten Kriegszielplanungen aus. Die Alliierten einigten sich schon vor Kriegsende (1943) darauf, Österreich als Staat unmittelbar nach der bedingungslosen Kapitulation des „Großdeutschen Reiches“ wiederherzustellen. Damit wurde zum einen der These, wonach Österreich erstes Opfer Hitlers gewesen sei, Rechnung getragen, vor allem aber wurde die Wiedergeburt Österreichs gerade von der Sowjetunion als wichtiger Beitrag zur effektiven Schwächung Deutschlands verstanden.

Auch vor diesem außenpolitischen Hintergrund mochte die sowjetische Besatzungsmacht einer österreichischen Nationalregierung unter dem Alt-Sozialdemokraten Karl Renner bereits im Frühjahr 1945 keine Steine in den Weg legen; die Westalliierten konnten sich erst im Herbst 1945 zu einer Anerkennung durchringen. Sie sahen offenbar zunächst die innenpolitische Gefahr, dass der Sozialdemokrat Renner einer von Moskau aus angeleiteten und umfassend geförderten KPÖ keinen entscheidenden Widerstand würde leisten können.⁷ Damit hatte der Westen Stalins Gedankengänge wohl durchschaut. Doch in den Nationalratswahlen von November 1945 offenbarte sich das ganze Ausmaß sowjetischer Fehlkalkulationen. Das Wahlergebnis schob einer politischen Beeinflussung durch Moskau einen weiteren Riegel vor und marginalisierte die

6 Vgl. dazu z. B. das Bildmaterial in: Bruno Kreisky, *Zwischen den Zeiten. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten*, Berlin 1986, S. 482, und Ilko-Sascha Kowalczyk/Stefan Wolle, *Roter Stern über Deutschland. Sowjetische Truppen in der DDR*, Berlin 2001, S. 222 f.

7 Renner hatte sich bereits als Staatskanzler 1918/1920 für einen Anschluss an Deutschland ausgesprochen und 1938 dann den nationalsozialistischen Anschluss öffentlich und als einziger führender Politiker der Sozialdemokratie begrüßt. Diese Entscheidung fußte zwar nicht auf einer Adaption nationalsozialistischer Ideologie, aber auf eine konsequente Verfolgung eigener national-deutscher Vorstellungen, die er allerdings nach 1945 zugunsten eines österreichischen Sonderweges korrigierte. Vgl. Anton Pelinka, *Karl Renner zur Einführung*, Hamburg 1989, S. 17–27 und 61–71.

KPÖ geradezu.⁸ Ihr gelang es auch in der Folgezeit nicht, in der neuen großen Koalition und Politik Österreichs Einfluss zu erringen.

Da die SPÖ neunmal soviel Stimmen und Mandate erhielt als die KPÖ (ca. 45 zu 5 Prozent), hatte sich auch die sowjetisch-kommunistische Taktik einer gemeinsamen Einheitsfront oder Einheitspartei erledigt. Weder die Führung der SPÖ noch eine Mehrheit der Mitglieder wollten angesichts dieser klaren Mehrheitsverhältnisse mit den Kommunisten noch enger kooperieren. Die gewährte überregionale Einheit des Landes und seiner Parteien schlossen zudem eine Zwangsvereinigung einzelner Parteigliederungen aus.

So bildeten SPÖ und ÖVP nach den November-Wahlen eine große Koalition, in der zuerst noch ein Kommunist vertreten war. Bei den nachfolgenden Wahlen schlugen alle Bestrebungen der sowjetischen Besatzungsmacht, die KPÖ als eine ernst zu nehmende Kraft aufzubauen und sie durch eine Vereinigung mit einer SPÖ-Linksabspaltung zu stärken, fehl. Eine tatsächliche Spaltung der SPÖ erwies sich als undurchführbar. Deshalb konnten die KPÖ resp. die sowjetische Besatzungsmacht nicht darauf hoffen, dass die österreichischen Kommunisten auf demokratischem oder schein-demokratischem Wege noch an die Macht gelangen würden, zumal kommunistisch inspirierte „Massenorganisationen“ wie eine Einheitsjugend und Einheitsgewerkschaft in Österreich keinen Fuß fassen konnten. Eine umfassende Unterstützung eines bewaffneten Kampfs der KPÖ um die Macht konnte und wollte Stalin sich nicht leisten, und auch die Spaltung des Landes war – entgegen einzelnen Vorstellungen in der KPÖ – keine ernsthaft betriebene Option Moskaus; die sowjetische Führung ließ sich, auch das wird an dieser Position deutlich, in Österreich genauso wenig wie in Deutschland die Politik von den nationalen Parteien oktroyieren.

Die Moskauer Reaktionen auf die österreichischen (und ungarischen) Wahlen von 1945 beschränkten sich natürlich nicht nur auf die Donauländer. Gerade angesichts des spektakulären Wahlausgangs in Österreich schlugen SMAD und KPD Ende 1945 in der SBZ eine andere politische Marschrichtung ein: Statt ebenso frühe Wahlen wie in den Westzonen (z. B. Januar 1946 in der amerikanischen Zone) anzusetzen und damit ein ähnliches Resultat wie in Öster-

8 Die Bedeutung dieser Wahlen hob der österreichische Alt-Bundeskanzler Bruno Kreisky noch in seinen Memoiren ausführlich hervor, wobei er auf die entscheidende Frage nach der Zustimmung der sowjetischen Besatzungsmacht zu dem frühen Wahltermin auch keine eindeutige Antwort zu geben vermochte: „Die oft gestellte Frage, warum denn die Russen eine so frühe Wahl zuließen, ist schwer zu beantworten. Sie beherrschten damals de facto ganz Ostösterreich, wo mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt. Offenbar glaubten die Kommunisten, dass es ihnen gelingen würde, ein Viertel der Wählerstimmen auf sich zu vereinigen, das heißt, die Stimmen für die Linke zu spalten, wobei ihnen der Löwenanteil zufallen sollte. Dann wäre für die Sozialdemokraten der Zwang zur ‚Einheitsfront‘ so groß gewesen, dass man Österreich dasselbe Schicksal hätte bereiten können, wie das später in Ostdeutschland und in den osteuropäischen Staaten der Fall war, wo sich die Sozialdemokraten bis auf wenige Ausnahmen zu sogenannten Einheitsparteien zusammengeschlossen haben.“ Bruno Kreisky, *Im Strom der Politik. Erfahrungen eines Europäers*, Berlin 1991, S. 51.

reich (oder eben in Hessen im Januar 1946) zu riskieren, änderten sie das politische System der SBZ grundlegend. Nach einer groß angelegten Kampagne wurde die SPD in die kommunistische Partei – wenn auch unter anderem Namen (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands / SED) – eingeschmolzen. Erst jetzt, nach Beseitigung der schärfsten Konkurrenz für die kommunistischen Vertreter, war die SMAD bereit, in ihrer Zone Wahlen abzuhalten (Oktober 1946). Und erst dadurch gelang es ihr, aus der SED die neue Staatspartei der SBZ zu schmieden.

Die hier nur skizzierte Entwicklung zählt nach der alliierten Festlegung auf eine Rekonstituierung eines unabhängigen Österreichs mit zu den wichtigsten politischen Interdependenzen sowjetischer Österreich- und Deutschlandpolitik. Der österreichische „Lerneffekt“ führte mit zur Veränderung des politischen Systems in der SBZ und markierte die erste deutsche Teilungszäsur. Derartige Verflechtungen blieben über 1950 hinaus bestehen, wie die Instrumentalisierung der ausstehenden Regelung über Österreich für die Deutschlanddebatten in den 1950er Jahren belegt.

II.

Solche Überlegungen und ein vorher unternommener erster Abgleich der Aktivitäten „Sowjetischer Militärtribunale“ (SMT) in Deutschland (SBZ) und in Ostösterreich in den Jahren 1945 bis 1955⁹ stellten die Basis einer deutsch-österreichisch-russischen Tagung dar, die vom 20. bis 22. November 2003 unter dem Titel „Sowjetisierung oder Neutralität? – Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955“ vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung mit Vertretern des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ, Außenstelle Berlin), des Potsdamer Zentrums für Zeitgeschichtliche Forschungen (ZZF), der Universität Wien, des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck, des Ludwig Boltzmann-Institutes für Kriegsfolgenforschung (Graz), des Moskauer Memorial sowie der Moskauer Akademie der Wissenschaften veranstaltet wurde. Grundsätzliche Anstöße und wichtige thematische Anregungen hatten im Vorfeld der Tagung und über den Herausgeberkreis hinaus die Historiker Rainer Behring (Köln) und Wolfgang Mueller (Wien) gegeben.¹⁰

9 Vgl. Andreas Hilger/Mike Schmeitzner/Ute Schmidt (Hg.), *Sowjetische Militärtribunale. Band 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955*, Köln 2003; darin der Beitrag von Harald Knoll/Barbara Stelzl-Marx, *Österreichische Zivilurteile in der Sowjetunion. Ein Überblick*, S. 571–605, unter dem Gliederungspunkt „Regional- und Vergleichsstudien“.

10 Behring und Schmeitzner hatten bereits im Vorfeld der Konferenz Überlegungen zu einem deutsch-österreichischen Vergleich angestellt. Vgl. Rainer Behring/Mike Schmeitzner (Hg.), *Einleitung*. In: *Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945–1952*, Köln 2003, S. 7–24, hier 14.

Ziel der Tagung¹¹ war es, nach einer einleitenden Darstellung der internationalen Rahmenbedingungen Kernbereiche der jeweiligen sowjetzonalen Entwicklung einander paritätisch gegenüberzustellen, um so einen vergleichenden Zugriff auf die entsprechende Mikroebene zu ermöglichen. Als Kernbereiche wurden die Besatzungsvorbereitung (d. h. die Nachkriegsplanungen der UdSSR sowie Vorbereitung und Ausbildung kommunistischer Kader), die Besatzungsorganisation in Gestalt der Militärverwaltungen und Repressionsapparate, grundlegende besatzungspolitische Maßnahmen (Regierungs- und Verwaltungsaufbau, politisches System und Parteienlandschaft, Entnazifizierung, Wirtschaftspolitik einschließlich der Frage der Reparationen) sowie deren Resultate benannt; zu letzterem Komplex gehören auch die für die bilateralen Beziehungen unweigerlich relevanten Besatzererfahrungen der einheimischen Bevölkerung und ihre Erinnerung. Damit waren für den komparatistischen Zugang wesentliche Aspekte mit ausreichenden Forschungserfahrungen thematisiert, ohne hinsichtlich der sowjetischen Besatzungspolitik in Deutschland oder Österreich insgesamt Vollständigkeit zu intendieren: So blieben beispielsweise die Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen oder territoriale Fragen, die Aufrüstung in Ost und Westösterreich/-deutschland oder die national unterschiedlichen Formen der Vergangenheitsbewältigung unberücksichtigt.

Der Abgleich einzelner Themenfelder veranschaulicht unterschiedlich ausgeprägte Ähnlichkeiten, weist auf die Offenheit historischer Entwicklung hin und rückt die Relevanz unterschiedlicher Rahmenbedingungen in den Blick: Angesichts der österreichischen Situation erscheint es daher durchaus angebracht, das Verhältnis „automatischer“ Bolschewisierungsprozesse und bewusster politischer Weichenstellungen auch für die SBZ/DDR genauer auszutariieren.¹² Im Vergleich nationaler Entwicklungen stellt sich so erneut die Frage nach möglichen unterschiedlichen Politikzielen Moskaus sowie nach der Bedeutung lokaler und alliierter (Gegen-)Kräfte und Machtverhältnisse (z. B. Vermeidung eines offenen Konflikts mit den USA) sowie nach der Bedeutung ideologischer Gewissheiten (unaufhaltsamer Vormarsch des Sozialismus als Prozess) und geostrategischer Positionen. Aus dem über die Jahre wechselhaften Zusammenspiel all dieser Faktoren ergaben sich länger- und kurzfristige Pläne und Taktiken, länderbezogene Prioritäten oder tastende Festlegungen in Moskau, das im Resultat durch vergleichsweise bewegliche Lösungswege seine Sicherheit vor Deutschland erreichte – ob diese Sicherheit rein defensiv gedacht war oder im sowjetischen Umkehrschluss die System-Expansion beinhaltete, bleibt eine offene Frage. So lassen sich Moskauer Überlegungen zu einer Teilung, Sowjetisierung oder Neutralisierung Deutschlands und Österreichs nur aus dieser komplexen Gemengelage heraus deuten. Dabei wird die Forschung auch

11 Vgl. den Tagungsbericht von Matthias Piefel/Thomas Widera, Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955. Dresden, 20.–22. November 2003. In: H-Soz-u-Kult und Jahresbericht 2003 des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung an der TU Dresden, S. 22–25.

12 In Auseinandersetzung mit Naimark, Die Russen, und Foitzik, SMAD.